

Position: Migrationsthematik in der Schule

Ausgangslage: Die Kantone müssen sich darauf einstellen, dass die Zahl der Asylsuchenden auch in der Schweiz hoch bleibt oder weiter ansteigt. Weil unter den MigrantInnen viele Kinder und Jugendliche sind, betrifft diese Entwicklung die Schule stark. Es kann nicht Sache der Schule sein, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Bildung Bern hat deshalb folgendes festgehalten und kommuniziert:

- Bevor die Kinder und Jugendlichen in Regelklassen integriert werden können, müssen sie als erste Integrationsmassnahme im Kanton flächendeckend in der deutschen Sprache unterrichtet werden. Dafür braucht es genügend Ressourcen und entsprechende Strukturen.
- Die Schule braucht Unterstützung von Fachpersonen, die sich um die Sozialisierung der Kinder und Jugendlichen kümmern. Flüchtlingskinder sind zum Teil noch nie zur Schule gegangen, haben traumatische Erlebnisse hinter sich und kennen die Kultur und die geltenden Regeln nicht.
- Gerade junge Lehrpersonen können von der Situation überfordert werden. Die Schulleitungen brauchen zusätzliche Ressourcen, damit administrative und Personalführungsaufgaben besser erledigt werden können.
- Die Verweildauer der Flüchtlingskinder muss für die Schulen und die Klassen verlässlich sein.
- Werden die Flüchtlingskinder in Regelklassen integriert, sobald sie über ein sinnvolles Sprachniveau verfügen, muss das Betreuungsverhältnis stimmen. In zu grossen Klassen sind solche Integrationsvorhaben zum Scheitern verurteilt. Entsprechend müssen Ressourcen bereitgestellt werden.

Bildung Bern konkretisiert die Forderungen:

Der Berufsverband will Flüchtlingskinder einen Zugang zur schulischen Bildung ermöglichen und integrieren. Das ist das erklärte Ziel. Die Integration muss gelingen bzw. qualitativ gut sein, damit die Kinder profitieren. Die Schulen sollen die Herausforderung gut meistern können.

- Für alle Flüchtlingskinder sollen – erster Integrationsschritt - regionalisierte Empfangsklassen geschaffen werden, in denen Deutsch und schulische Kultur unterrichtet werden. Denn die Kinder müssen, bevor sie in Regelklassen integriert werden, über Deutschkenntnisse verfügen, die es ihnen erlauben, alltägliche Schulsituationen zu meistern.
- Sobald die Kinder/Jugendlichen fähig sind, in anderen Fächern profitieren zu können, werden sie in Regelklassen eingegliedert.

- Die Pensen der an Empfangsklassen unterrichtenden Lehrpersonen müssen verstetigt sein. Nur so kann qualifiziertes Personal gefunden werden.
- Mit der Integration der Kinder/Jugendlichen in Regelklassen werden automatisch Lektionen/ Ressourcen ausgelöst. Die Bringschuld liegt beim Kanton.
- Die Schulleitungen erhalten zusätzlich Poolprozente (z. H. Sekretariat und Kollegium), um sich selber administrativ zu entlasten und das Kollegium besser zu stützen und zu begleiten (insbesondere junge und unerfahrene Lehrpersonen).
- Es braucht Betreuungspersonen, die zwischen Lebensort und Schule der Kinder/Jugendlichen als Bindeglied wirken und sie entsprechend betreuen, sie bei der Sozialisierung unterstützen. Die Kinder müssen wissen, wie die Schule funktioniert, sie müssen z. B. Termine einhalten und wichtiges Material (Turnzeug etc.) dabei haben. Sie brauchen Unterstützung bei der Verarbeitung der schulischen Inhalte. Bildung Bern regt an, auch Zivis dafür einzusetzen.
- Wichtig: Die benötigten Ressourcen sind nicht vom bestehenden Bildungsbudget abzuziehen, sondern zusätzlich durch Bund und Kanton bereitzustellen.
- Der Kanton bietet flächendeckende Unterstützung für die Elternzusammenarbeit (Elternkurse, genügend Mittel für ÜbersetzerInnen).
- Die Mittel müssen für alle Flüchtlinge (egal ob N- oder F-Entscheid) die gleichen sein (z. B. für Aufgabenhilfe und Schulreisen).